

**Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen
Gewaltherrschaft
Band IV**

**Vom souveränen Deutschen Reich
zur fremdbestimmten Kolonie der USA**

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/002

Danksagung und Widmung

Ich glaube an die Wahrheit; sie zu suchen, nach ihr zu forschen in und um uns, muß unser höchstes Ziel sein. Damit dienen wir vor allem dem Gestern und dem Heute.

Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Konrad Adenauer, Margaret Lavinia Anderson, James Bacque, Bruno Bandulet, Peter Bartels, Josephine Barthel, Philip Baugut, Reinhart Beck, Heinrich Bennecke, Jacques Benoist-Méchin, Hans Joachim Berbig, Sonja van Biezen, Günter Böddeker, Erhardt Böddeker, Karl Dietrich Bracher, Hans Werner Bracht, Carl J. Burckhardt, Robert Conquest, Richard Niklaus Graf von Coudenhove-Kalergi, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Ernst Deuerlein, Alfred Dregger, Willy Dreßen, Christopher Duffy, Jost Dülffer, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Uwe Felgenhauer, Norman G. Finkelstein, Jan Fleishauer, Jan von Flocken, Frederick Forsyth, Karl Wilhelm Fricke, George Friedman, Jörg Friedrich, Lothar Gassmann, Friedrich Georg, John Gimbel, Guido Grandt, Johannes Gross, Alfred Grosser, Sebastian Haffner, Peter Haisenko, Henri Hauser, Eva Herman, Andreas Hillgruber, Rolf Hochhuth, Joachim Hoffmann, Gertrud Höhler, Herbert Hupka, Karl Jaspers, Karl Jering, Thomas Jung, Manfred Kehrig, Paul Kennedy, Manfred Kleine-Hartlage, Tilman Knechtel, Horst Koch, Enrico Komning, Volker Koop, Ekkehard Kuhn, Bruno Leder, Domenico Losurdo, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Klaus-Rüdiger Mai, Sonja Margolina, Paul C. Martin, Peter März, Werner Maser, Milosz Matuschek, Rainer Mausfeld, Karel Meissner, Jochen Mitschka, Günter Moltmann, Walter Müller-Bringmann, Martin Müller-Mertens, Norman Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Niekisch, Elisabeth Nussbaumer, Manfred Oertel, Geoffrey Parker, Henry Paul, Hans Penner, Daniell Pfohringer, Walter Post, Gerhard Reichling, Gerhard Ritter, Helmut Roewer, Klaus Rainer Röhl, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Ingrid Schlotterbeck, Carlo Schmid, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Sigurd Schulien, Gerd Schultze-Rhonhof, Kurt Schumacher, Eva Schweitzer, Ruth Seifert, Martin Sellner, M. Spanehl, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Sven von Storch, Alfred

Streim, Michael Stürmer, Arno Surminski, John Swinton, Jürgen Thorwald, Wolfgang Thüne, Udo Ulfkotte, Kurt Wagner, Alice Weidel, Bernd-Jürgen Wendt, Jens Wernicke, Willy Wimmer, Gerhard Wisnewski, Katja Wolters, Birgit Wulff und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

Des Historikers erste Pflicht ist die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und wer bloß die halbe Wahrheit sagt, ist schon ein ganzer Lügner.

Wilhelm Heinrich von Riehl (1823-1897, deutscher Schriftsteller)

Wer unsere gegenwärtige Welt beurteilen und verstehen will, muß zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.

Unsere Eltern, unsere Großeltern und deren Vorfahren starben und auch wir müssen ihnen irgendwann folgen. Was die Zukunft bringt, wissen wir natürlich nicht, aber wir sollten unsere Kinder, Enkel und Urenkel wenigstens über die Vergangenheit informieren und aufklären, damit sie daraus Lehren für die Zukunft ziehen und gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden können.

Von den Sippen, Clans oder Stämmen zu den weltlichen und religiösen Terrororganisationen

Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Familien, Sippen, Clans oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.

Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.

Die herrschende Klasse (Adel), die fast ausschließlich von der schweren Arbeit des unterdrückten Volkes lebte, schloß später einen Pakt mit der katholischen Kirche und anderen pseudoreligiösen Gruppen (Islam etc.). Seit dem 4. Jahrhundert (Frühmittelalter) verbündeten sich der europäische Adel und die katholische Kirche, um auf Kosten des größtenteils besitzlosen und unfreien Volkes ein angenehmes, sorgenfreies Leben zu führen. Die religiösen Gruppen wurden von den weltlichen Herrschern vor allem als nützliche Instrumente der Machterweiterung und des Machterhalts betrachtet, weil man das ungebildete Volk mit Hilfe der Religion bzw. des Glaubens leichter dirigieren, systematisch manipulieren und noch ungehemmter ausbeuten konnte.

Im Jahre 1717 entstand in London die erste Großloge der Freimaurer. Die Entstehung bzw. Entwicklung der Freimaurerei wurde vor allem durch die furchtbaren Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa geprägt. Viele trauten es den damaligen weltlichen und kirchlichen Herrschern nicht mehr zu, den versprochenen Frieden zu gewährleisten, deshalb traten die Freimaurer nicht für trennende Religionen, Konfessionen, Stände, Nationen, Rassen, Klassen usw. ein.

Die Freimaurer wollten die Menschen angeblich durch Selbstvervollkommnung, Selbstverwirklichung und Förderung des sittlichen Lebens umerziehen, um einen neuen, einen besseren Menschen zu schaffen. Dieses unermüdliche Arbeiten am "rohen Stein" war ein wesentliches Anliegen der Freimaurerei." Die französischen Freimaurerlogen prägten zuerst die ethischen Grundsatzformeln von der Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit.

Auf den ersten Blick war man der Meinung, daß die Freimaurer eigentlich nur das wahre Christentum verwirklichen wollten. Die Freimaurer wollten jedoch christliche Ideale ohne Christus verwirklichen, denn der Mensch und die Welt standen im Zentrum allen Strebens und nicht Christus und das Reich Gottes.

Den Freimaurern ging es nie um Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit, sondern dieser Geheimbund hatte sich dem völligen Relativismus verschworen, daß z.B. alle Wahrheiten veränderlich seien und daß es keine allgemeingültigen Wahrheiten geben würde. In erster Linie verfolgten die Freimaurer lediglich die Durchsetzung ihrer machtpolitischen Herrschaftsansprüche. Seit Gründung des Freimaurerordens gab es für die Freimaurer eigentlich nur ein Ziel: Beständig und unaufhörlich geistige, wirtschaftliche und politische Revolutionen sowie kriegerische Auseinandersetzungen zu planen, zu organisieren, zu finanzieren und durchzuführen. Obgleich die freimaurerische Geschichtsschreibung grundsätzlich politische, revolutionäre oder kriegerische Handlungen leugnete, wurden seit dem 18. Jahrhundert fast alle bedeutenden politischen Geschehnisse der Weltgeschichte von den geheimen Freimaurerlogen entscheidend beeinflußt.

Die Freimaurer beteiligten sich direkt oder indirekt an fast allen gewalttätigen Revolutionen und kriegerischen Auseinandersetzungen des 18., 19., 20. und 21. Jahrhunderts, um den totalitären Weltstaat der Freimaurer zu verwirklichen. Bei den Freimaurerlogen handelte es sich seit ihrer Gründung um politische Geheimgesellschaften, die geheime Staaten ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten bildeten. Die Freimaurer setzten vor allem auf Christentumsfeindlichkeit, die geistige Zersetzung und die systematische Zerstörung des nationalen Kulturlebens der Völker sowie die allmähliche Auflösung der Nationalstaaten.

Um die angestrebte Neue Weltordnung zu realisieren, führten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung vielerorts langfristig geplante hinterhältige Destabilisierungsmaßnahmen durch. Die Freimaurer nutzten außerdem besonders die gleichgeschalteten Propagandamedien zur permanenten geistigen Zersetzungs- und kulturellen Unterhöhlungsarbeit. Infolge dieser lautlos wirkenden Methoden der Massenmedien förderten die Freimaurer-Geheimorganisation nachweislich den religionsfeindlichen Atheismus, den revolutionären Liberalismus und totalitäre Herrschaftssysteme (wie z.B. Kommunismus und Islamismus).

Geschichtsschreibung der weltlichen und religiösen Terrororganisationen

Der Unterschied zwischen Gott und den Historikern besteht hauptsächlich darin, daß Gott die Vergangenheit nicht mehr ändern kann.

Samuel Butler (1835-1902, englischer Philosoph und Schriftsteller)

Die Geschichtsschreibung wurde schon immer von den jeweiligen Machthabern geprägt, deshalb wurden viele Ereignisse der Weltgeschichte naturgemäß sehr einseitig geschildert und Verbrechen der Gewinner in der Regel ausgeblendet. Die berufsmäßigen Geschichtsschreiber und Historiker berichteten und forschten gewöhnlich nicht im Auftrag einer objektiven historischen Wahrheit, sondern in erster Linie im Dienst der jeweiligen weltlichen und geistlichen Machthaber. Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Arbeitgeber (Staats- und Kirchenführer) zu verärgern und ihre Existenz zu gefährden.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Machthaber berichtet diese Chronik auch speziell aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt. Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Das Ende der politischen Korrektheit?

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness.

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" und "Propaganda" diente in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil:

"Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungs-

hemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges.

"Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukete.

Political Correctness wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel, wie z.B. die Fabriken und die Banken, verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzung" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsgpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von

sozialen Unruhen ehot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

Das Deutsche Reich von 1871-1918: 47 Jahre Freiheit und Selbstbestimmung, Teil 1

Die Deutsche Reichsgründung ist ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution. ... Die Folgen sind kaum vorhersehbar, und neue unbekannte Ziele und Gefahren drohen. ... Die 'Balance of Power' ist gänzlich zerstört, und England ist das Land, das darunter am meisten leiden wird.

Benjamin Disraeli (1804-1881, englischer Politiker) am 9.2.1871 im Unterhaus.

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<

Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124): >>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27.

Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt.



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein

Obrigkeitsstaat, sondern eine halbparlamentarische Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte für das Heer, die Bahn und die Post. Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten, ca. 1 % der deutschen Bevölkerung. Von 1871-1892 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Regierung; denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/158): >>... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz - weiß - rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2008 über das Deutsche Reich (x887/...): >>Wann war das Dritte Reich?

... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde. ...

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen

Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.

- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.

- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten. Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab.

Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Durch den Vorfrieden von Versailles im Februar 1871 und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß und Teile Lothringens ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach.

Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Bismarcks Innenpolitik

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Das preußische Staatsministerium forderte am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.

Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<

Der preußische Staat kontrollierte ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründete Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152): >>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<

>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...

Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...

Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...

Also dieser Machtsstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte.

Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der 1870 gegründeten katholischen Zentrums-Partei sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII., den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >> Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrums-Partei in offenem Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich, und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt.

Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg (1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes - Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc. - zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen des Marxismus bzw. Sozialismus angenommen hatte und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen: "Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen".

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze - Krankenkassenversicherung im Jahre 1883, Unfallversicherung im Jahre 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung im Jahre 1889 - durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches

Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen und in anderen Bundesstaaten war von 1849 bis 1918 vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer. Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.

Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Milita-

rismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.

Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Die US-Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, berichtete später (am 28. November 2009) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >> ... Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer - Frauenwahlrecht gab es noch nirgends - seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen ... durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965.

Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. ...

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. ...

Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. ...<<

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges von 1870/71, der konsequenten Industrialisierung und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes, begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

Ab 1872 wurden die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert. In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe, wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke. Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn verbesserten nach 1897 das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 wurden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten gewöhnlich als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte jedoch im Jahre 1880 bereits Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegte damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft.

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck

vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Der deutsche Michel war jedoch nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch große Ausdauer, Erfindungsgabe, Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.

Der Deutsche liebte vor allem geordnete Verhältnisse, scheute einschneidende Veränderungen und versuchte, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er verhielt sich gegenüber seinen in- und ausländischen Nachbarn gewöhnlich friedfertig und wollte vor allem in Ruhe arbeiten und leben.

Nicht die angeblich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsterheit, sondern Trägheit und vor allem die bleierne Langsamkeit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit des Imperialismus nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1900 Güter im Wert von 10,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Im Jahre 1910 verkaufte die deutsche Exportwirtschaft Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser berichtete später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...

1914 nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden Francs nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen

übertraffen. ...

Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.

Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.

Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.

Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.

Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrielleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zeteren zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchteten. ...

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte - die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand - arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6

Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. ...

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

Bismarcks Außenpolitik

Für Europa bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine vollständige Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges im Jahre 1866 und des französisch-preußischen Krieges von 1870/71 das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, veränderte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend.

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpoli-

tik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnisssysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung, das sogenannte "Dreikaiserabkommen", das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen im Jahre 1878 Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Am 20. Mai 1882 schlossen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitrug.

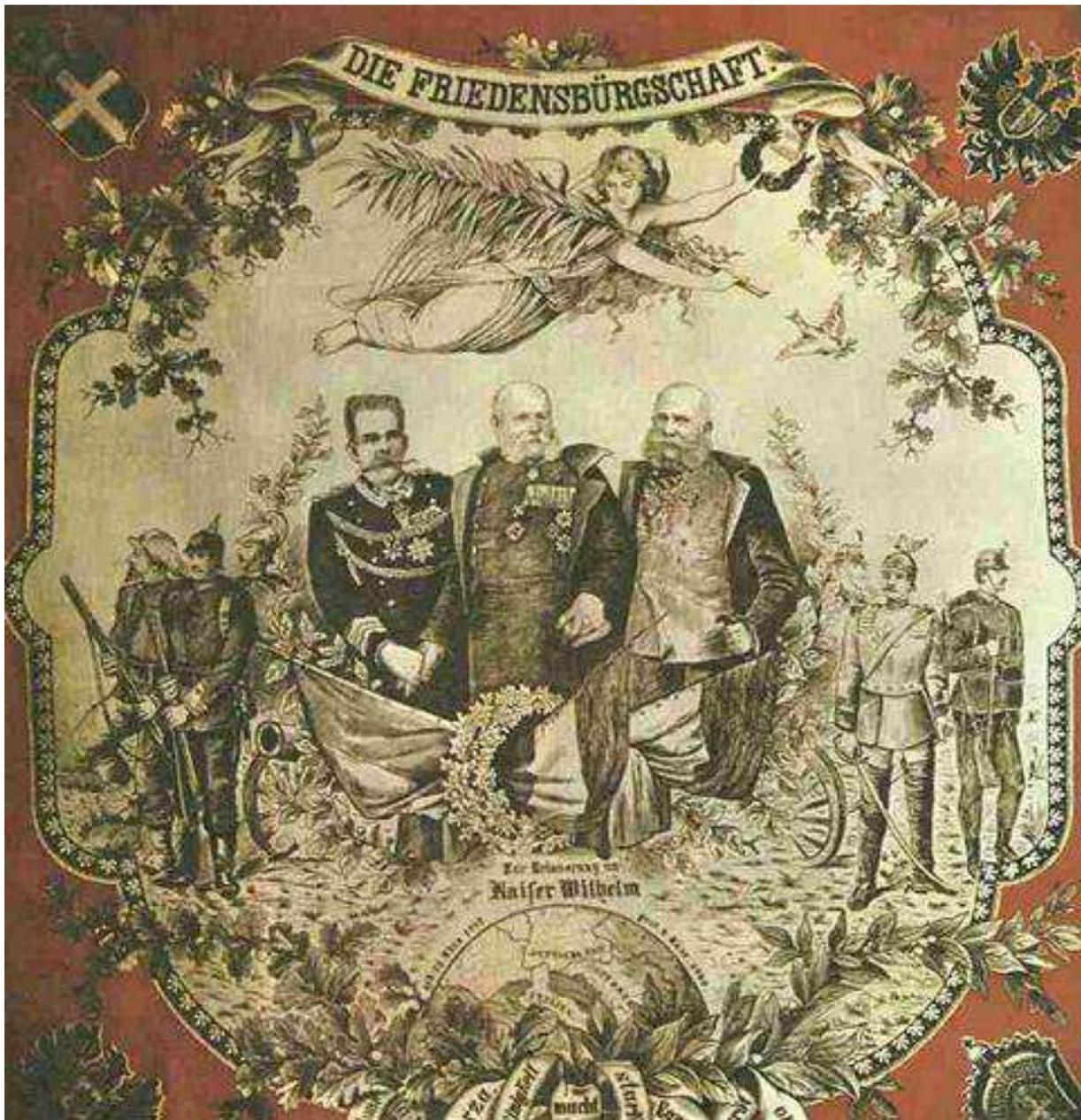


Abb. 42 (x065/324): Die "Friedensbürgerschaft" im Dreibund Italien-Deutschland-Österreich von 1882.

Der Dreibund war ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichteten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtete sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verlor nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wurde 1914/15 von Italien gekündigt.

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit - und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage - der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hat-

ten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik in Hinterindien, Nordafrika sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat im Jahre 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein. Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm im Jahre 1887 ihren Anfang und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte im Jahre 1872 ein Verteidigungsbündnis - das sog. Dreikaiserabkommen - zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen. ...<<

Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten - menschenverachtender Sklavenhandel etc. -, erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher, wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann, erst in den Jahren 1883-1885 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.

Die deutsche Kolonialpolitik wurde später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern. Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte (x074/1.006).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Außenpolitik (x307/194-195): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen

Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. ...

Der Gedanke an koloniale Besitzungen - die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte - war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. ...<<